



Schnellere Termine und bessere Versorgung für Patientinnen und Patienten

Eine qualitativ gute und gut erreichbare medizinische Versorgung aller versicherten Patientinnen und Patienten ist zentrale Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung. Für die Erfüllung dieses Versorgungsauftrags und für die Erhaltung des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Zugang zur ambulanten ärztlichen Versorgung angemessen und flächendeckend sichergestellt ist. Insbesondere soll unangemessenen langen Wartezeiten auf Behandlungstermine bei Haus-, Kinder sowie Fachärztinnen und -ärzten und mangelnden ärztlichen Versorgungsangeboten in ländlichen und strukturschwachen Regionen vorgebeugt werden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn lobte das Vorhaben der Bundesregierung: „Dieses Gesetz wird den Alltag von vielen Versicherten und Patienten in Deutschland sehr konkret verbessern.“

In einem Sofortprogramm werden die Leistungen der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung und der Zugang zu diesen Leistungen für die versicherten Patientinnen und Patienten verbessert. Dazu werden die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen unter der bundesweit einheitlichen Telefonnummer 116 117 (bisher Nummer des Not- und Bereitschaftsdienstes) täglich 24 Stunden telefonisch und auch online erreichbar sein und nicht nur Termine bei Haus- und Kinderärztinnen und -ärzten, sondern in Akutfällen auch eine unmittelbare ärztliche Versorgung entweder in einer geöffneten Arztpraxis, in einer Portal- oder Bereitschaftsdienstpraxis oder in einer Notfallambulanz vermitteln. Zudem sollen die Terminservicestellen die gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten bei der Suche nach einer Haus- oder Kinderärztin bzw. einem Haus- oder Kinderarzt unterstützen, die oder der sie dauerhaft versorgen kann.

Das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärztinnen und -ärzte für die Versorgung von gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten wird von 20 auf 25 Stunden erhöht. Offene Sprechstunden ohne vorherige Terminvergabe von Vertragsärzten, die an der fachärztlichen Grundversorgung teilnehmen, werden ausgeweitet. Das erweiterte Sprechstundenangebot wird mit entsprechenden extrabudgetären Vergütungsanreizen für die Vertragsärztinnen und -ärzte gefördert.

Ärztinnen und Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Die hausärztliche Versorgung und die „sprechende Medizin“ werden besser vergütet, ebenso koordinierende Leistungen wie die Terminvermittlung zu Fachärztinnen oder Fachärzten. Durch Festlegung von Praxisbesonderheiten von Landarztpraxen, die im Vorfeld von Prüfverfahren anzuerkennen sind, werden insbesondere Hausbesuche gefördert.

Außerdem werden die Festzuschüsse für Zahnersatz werden ab dem 1. Januar 2021 von bisher 50 Prozent auf 60 Prozent erhöht.

Für Langzeiterkrankte wird die Möglichkeit, stufenweise wieder in dem Berufsleben eingegliedert zu werden, verbessert.

Darüber hinaus wird die elektronische Patientenakte flächendeckend eingeführt und der Zugriff auf die elektronische Patientenakte über mobile Geräte wie Smartphones ermöglicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



das Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein guter Moment um in-
nehaltend und die zurücklie-
genden Monate Revue passie-
ren zu lassen. Nach einer holp-
rigen Regierungsbildung haben
wir im Herbst viele konkrete

Verbesserungen für die Bürger und unser Land auf den Weg gebracht: Das Baukindergeld und die Anpassung des Mietrechts, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit, Bundespolizei und Bundeswehr bekommen mehr Geld. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger, indem die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Kassenbeiträge bezahlen; Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld, die kalte Progression bauen wir auch 2019 ab. Die Mütterrente wird erhöht für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Zudem sorgen wir für 13.000 neue Pflegestellen.

Auch in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten haben wir diese Politik mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ fortgesetzt. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung. Ziel der Union ist dabei, dass das Geld vor allem in die Qualitätsverbesserung, wie beispielsweise einen besseren Betreuungsschlüssel fließt. Anders als die SPD, die diese Mittel auch für die Gebührenfreiheit des Kita-Besuchs verwenden möchte, appelliert die Union an die Länder, das Geld vor allem in die Verbesserung der Qualität zu investieren. Denn Kinder sollten nicht nur verwahrt werden, Erzieher sollten auch wirklich Zeit für unsere Kleinsten haben. Genau dies erwarten die Eltern!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Treffen der CDU-MdB aus dem Münsterland
- Gespräch mit dem Bundesumweltministerium zu den Auswirkungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)
- Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium zur Trinkwasserverordnung (TrinkwV)
- Meinungsaustausch mit Unternehmen, Banken und Verbänden: Behördenspiegel, DEHOGA, KfW uvm.

Ich wünsche Ihnen ein erholsames
Wochenende, einen
besinnlichen 3. Advent und
schöne Weihnachtsfeiertage.



Ihr

Reinhold Sendker

Reinhold Sendker MdB

Annahme des UN-Migrationspakts dient deutschen Interessen

Staaten müssen Selbstverpflichtungen umsetzen



Eine überwältigende Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft hat am letzten Montag in Marrakesch den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ angenommen. Hierzu erklären der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, und der entwicklungspolitische Sprecher Volkmar Klein, der selbst bei der Annahme in Marrakesch zugegen war:

Jürgen Hardt: „Die Annahme des ‚Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration‘ ist ein Meilenstein bei den Bemühungen, illegale Migration zu bekämpfen und legale Migration zu steuern. Damit liegt der Pakt im ureigenen Interesse Deutschlands. Mit der Annahme des Paktes zeigt die internationale Staatengemeinschaft Handlungsfähigkeit. Sie zeigt, dass sie in der Lage ist, zu einem so wichtigen und komplexen Thema gemeinsame Lösungen zu finden. Dies stärkt die internationale, regelbasierte Ordnung.“

Leider haben sich unter dem Druck der von Rechtspopulisten gesteuerten Internetpropaganda einzelne EU-Staaten davon abbringen lassen, den einzig zielführenden Weg, nämlich den gemeinsamer internationaler Anstrengungen zur Begrenzung von Migration, zu beschreiten. Auch in Deutschland gab es solche Stimmen, denen sich jedoch eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag entschlossen entgegengestellt hat. Offenkundig wurde die Debatte in den sozialen Netzen durch computergesteuerte Einträge maßgeblich beeinflusst. Wir fordern eine konsequente Aufklärung dieser Vorgänge.“

Volkmar Klein: „Das wichtigste Ziel des Paktes ist es, die Bedingungen und Standards für Migranten weltweit zu verbessern. Wer in seiner Heimat oder in heimatnahen Aufnahmeländern Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und anderen Grundleistungen hat, wird sich nicht auf den weiten Weg nach Europa machen. Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion alle Staaten auf, die Selbstverpflichtungen des Migrationspakts umzusetzen.“

Neben der Gewährleistung der Menschenrechte - auch für Migranten - geht es darum, illegale Migration und das Schlepperunwesen zu bekämpfen. Das ist auf nationaler Ebene allein nicht möglich. Deshalb ist uns diese multilaterale Initiative auch so wichtig, zumal sie die Verpflichtung enthält, eigene Staatsangehörige zurückzunehmen. Das hat die Bundeskanzlerin vor den Delegierten der UN-Konferenz eindrucksvoll deutlich gemacht. Es ist im deutschen Interesse, wenn der Pakt damit den Migrationsdruck nach Deutschland und Europa senkt.

Wichtig sind auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigranten. Berichte über katastrophale Bedingungen beim Bau der Fußball-WM-Stadien in Katar haben das deutlich vor Augen geführt. Die WM ist ein globales Sportevent. Es sollte für Völkerverständigung und Fairness und nicht für Ausbeutung stehen. Es ist ein Ziel des Migrationspakts, auch gegen solche Missstände zu wirken.“

Foto: Jan Kopetzky, Katja-Julia Fischer



Glückwunsch an Annegret Kramp-Karrenbauer

Auf eine enge und gute Zusammenarbeit

Der CDU-Bundesparteitag hat am heutigen Freitag Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Dazu erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus:

„Herzlichen Glückwunsch, liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, zur Wahl als neue Parteivorsitzende der CDU Deutschlands. Viel Erfolg im neuen Amt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion freut sich auf eine enge und gute Zusammenarbeit.“

Gemeinsam mit der Bundesregierung und Bundeskanzlerin Angela Merkel werden wir für den Zusammenhalt der Gesellschaft eintreten und die Zukunft des Landes gestalten. Wir wollen das Leben der Bürger Stück für Stück besser machen.“

Foto: Tobias Koch

Impressum:

Ausgabe Nr. 21/2018,
13. Dezember 2018

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck